

240/I

K. N. V.

Anfrage

des

Abgeordneten Buchinger und Genossen an den Herrn Staatssekretär für Finanzen, betreffend die ungerechten Doppelbesteuerungen der Spareinlagezinsen der Raiffeisenkassen.

Mit Gesetz vom 6. Februar 1919, St. G. Bl. Nr. 150 (Vollzugsanweisung vom 11. März 1919, St. G. Bl. Nr. 182) wurden die Bestimmungen über die Rentensteuer neu geregelt.

Auf Grund dieses Gesetzes haben die Banken von den Zinsen für Kontokorrenteinlagen die Rentensteuer in Abzug zu bringen und an die Staatskasse abzuführen.

Die Genossenschafts-Zentralkassen und Genossenschaftsverbände, die einen Teil ihrer Einlagenüberschüsse bei Banken angelegt haben, wurden auf Grund obigen Gesetzes für die Kontokorrentaktivzinsen mit einer 6prozentigen Rentensteuer belastet. Da es sich bei diesen Bankeinlagen ausschließlich um Überschüsse aus dem Spargeschäfte der Raiffeisenkassen handelt, für die Zinsen der Spareinlagen aber von den Raiffeisenkassen auf Grund des § 131, Absatz d, P. St. G. die Rentensteuer samt Kriegszuschlag bereits an die Staatskasse zur Abfuhr gelangt, so liegt im vorliegenden Falle eine ganz ungerechtfertigte Doppelbesteuerung vor, gegen die die Genossenschaftsverbände und Genossenschafts-Zentralkassen Verwahrung einlegen müssen.

Der Allgemeine Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Österreich hat bereits mit Eingabe an das Staatsamt für Finanzen vom 19. Juli 1919 auf diese Doppelbesteuerung hingewiesen und um Maßnahmen ersucht, durch welche die ungerech-

fertigte Doppelbesteuerung der Spareinlagezinsen der Raiffeisenkassen vermieden wird.

Obwohl die Angelegenheit äußerst dringend ist und insbesondere mit Rücksicht auf die bevorstehende Aufstellung der Jahresrechnungen und Bilanzen keinen Aufschub mehr duldet, ist bisher eine Erledigung seitens des Staatsamtes für Finanzen nicht herabgelangt.

Die Gefertigten beehren sich daher, folgende Anfragen zu stellen:

„1. Ist dem Herrn Staatssekretär für Finanzen bekannt, daß durch die Einhebung einer Rentensteuer von den Zinsen für die bankmäßig angelegten Überschüsse der Genossenschaftsverbände und Genossenschafts-Zentralkassen, die aus dem Spargeschäfte der Raiffeisenkassen stammen, eine ungerechte Doppelbesteuerung der Spareinlagezinsen der Raiffeisenkassen vorliegt?

2. Ist der Herr Staatssekretär bereit, sofort zu veranlassen, daß ohne Verzögerung Maßnahmen ergriffen werden, um diese Doppelbesteuerung zu vermeiden, und daß in aller kürzester Zeit die Genossenschaftsverbände und Genossenschafts-Zentralkassen von der getroffenen Verfügung in Kenntnis gesetzt werden?“

Wien, 16. Jänner 1920.

Huber.
S. Geisler.
Jug.

Niedrist.
Gutmann.
Leop. Höchtl.

R. Weigl.
Födermayr.

Buchinger.
Josef Grim.
Scharfegger.